

# FDP will keinen Gegenvorschlag

Konfusion über Äusserungen von FDP-Parteipräsident zur Mindestlohn-Initiative

Von Dominik Feusi, Bern

Der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser nennt die Meldung schlicht eine «Zeitungsente»: Der Aargauer FDP-Parteipräsident Philipp Müller hatte am Sonntag in einem Interview in der «Schweiz am Sonntag» gesagt, man müsse sich gegen die Mindestlohn-Initiative «etwas Gescheites einfallen lassen». Nur Nein zu sagen reiche nicht. Der «Tages-Anzeiger» und weitere Zeitungen von gestern drehten die Aussage dann aber weiter und stellten sie in den Zusammenhang eines von der CVP schon im Dezember angedachten indirekten Gegenvorschlages zur Initiative. CVP-Präsident Christophe Darbellay zeigte seine «Sympathien» für einen Gegenvorschlag, mit dem zum Beispiel Gesamtarbeitsverträge erzwungen werden könnten. Fertig war die Schlagzeile: «Bürgerliche gegen tiefe Löhne».

Brisant daran: Gestern Morgen tagte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben – und auf der Traktandenliste stand genau die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften. Philipp Müller sah sich veranlasst, seine Ständeräte darüber zu informieren, dass er einen Gegenvorschlag nicht befürworte. Gegenüber der BaZ stellt Müller klar: «Ich unterstütze keinen Gegenvorschlag, keine neue Regulierung und keinen staatlichen Zwang beim Thema Mindestlohn. Nötig sind aber endlich gleiche Löhne für Frauen bei gleicher Arbeit und Gesamtarbeitsverträge, aber nicht einseitig zu den Bedingungen der Gewerkschaften, mit Allgemeinverbindlichkeitsklärungen und dergleichen, sondern im Rahmen einer Sozialpartnerschaft mit Branchenlösungen und mit Rücksicht auf regionale Unterschiede.»

## Müllers Klarstellung

Damit entspricht Müllers Meinung im Wesentlichen dem heutigen Zustand. Diese Haltung unterstützen auch FDP-Exponenten aus der Region. Nationalrat Daniel Stolz (FDP, BS) sieht keinen ordnungspolitischen Handlungsraum für einen Gegenvorschlag: «Und ich will ganz sicher nicht mittels Mindestlöhnen die Arbeitslosen von



**Philipp Müller.** «Ich will keinen staatlichen Zwang beim Mindestlohn.»

morgen schaffen.» Daniela Schneeberger (FDP, BL) lehnt zusätzliche Regulierung des Arbeitsmarktes ab. Der Lohn sei eine Sache zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, allenfalls der Sozialpartner. Dank diesem System habe die Schweiz die höchsten Löhne und die tiefste Arbeitslosigkeit.

## Enttäuschung bei der CVP

Mit seiner Klarstellung zerstört der FDP-Parteipräsident Hoffnungen von anderen Mitgliedern der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Der Freiburger CVP-Nationalrat Dominique de Buman hat das Interview mit Müller und die darauf folgenden Artikel von gestern ebenfalls gelesen. Er freute sich über die vermeintliche Unterstützung eines indirekten Gegenvorschlages. «Müller hat exakt meine Idee vom letzten Dezember aufgenommen, als ich in einem Postulat forderte, dass je Branche und Region Mindestlöhne festgehalten werden sollen.» Seine Idee sei breit abgestützt und sinnvoll. «Es könnte sein, dass wir so den Rückzug der Initiative erreichen», hofft de Buman. Ihm gehe es auch um den Erhalt der Personenfreizügigkeit.



**Elisabeth Schneider-Schneiter.** «Initiativen müssen rasch vors Volk.»

«Wir müssen etwas gegen den Lohn-Druck unternehmen.» Er interpretiere Müller so, dass dieser pragmatisch bereit sei, darüber nachzudenken, was man der Mindestlohn-Initiative gegenüberstellen könne. Müller sei an der Sache interessiert. «Dass er jetzt von alledem nichts mehr wissen will, ist eine Kehrtwende. Es reicht nicht, die Initiative einfach arrogant abzulehnen. Ich hoffe, Müller über-

## Kommission fordert Bericht über Alternativen

**Bern.** Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates hat mit sieben gegen fünf Stimmen beschlossen, bei der Verwaltung einen Bericht über die Situation bei tiefen Löhnen in der Schweiz anzufordern. Der Bericht soll auch mögliche Alternativen zur Mindestlohn-Initiative aufzeigen und prüfen, ob die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen erleichtert werden soll. Über einen Gegenvorschlag wird später entschieden. Damit verzögert sich die Behandlung im Rat bis zur Herbstsession. fi



**Daniel Stolz.** «Ich will nicht mittels Mindestlohn Arbeitslose schaffen.»

legt sich das noch einmal.» Wirklich breit abgestützt ist dieser Vorschlag jedoch nicht: De Buman Postulat ist gerade einmal von acht Fraktionsmitgliedern unterzeichnet worden, und weder die Parteileitung noch die Fraktion haben das Vorgehen diskutiert.

## Dilemma im Abstimmungskampf

CVP-Nationalrat Markus Lehmann (BS) hält nicht viel von einem Gegenvorschlag. Seine Baselbieter CVP-Kollegin Elisabeth Schneider-Schneiter will zwar die Frage eines Gegenvorschlages sachlich prüfen, ist aber skeptisch: «Wir sollten nicht einfach jeder Volksinitiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen.» Das jahrelange Seilziehen um die Abzocker-Initiative habe gezeigt, dass ein Gegenvorschlag nicht immer sinnvoll sei. Ein solcher würde auch bei der Mindestlohn-Initiative wieder zu einer schwierigen Situation führen: Die Gegner müssten das Nein zur Initiative als Verbesserung der Situation darstellen. «Ich vertrete die Haltung, dass Volksinitiativen möglichst rasch und ohne lange Diskussionen dem Volk zur Abstimmung gebracht werden müssen.»

# Wohnen in Polen und arbeiten in Basel

Wie man als Grenzgänger die Ventilklausel umgeht

Von Linda Schmidt

**Bern.** Grenzgänger wohnen nicht nur in den Nachbarländern der Schweiz und kommen, um hier zu arbeiten. Ein Grenzgänger kann auch in Polen wohnen. Oder in einem anderen Land der EU. Wenn sich ein Arbeitnehmer in der Schweiz als Grenzgänger anmeldet, gilt für ihn die Zulassungsbeschränkung nicht mehr. Die vom Bundesrat erwogene Verlängerung und Ausdehnung der Ventilklausel für eine Beschränkung der Personenfreizügigkeit wäre für diese Arbeitsmigranten wirkungslos.

Die Regierung aktivierte die Ventilklausel erstmals vor einem Jahr. Davon betroffen sind die EU-8-Länder, also Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien, die Slowakei, Estland, Litauen und Lettland. Der Bundesrat will in zwei Wochen darüber entscheiden, ob er die Kontingentierung gegenüber der EU-8 weiterführen und auf die EU-17-Staaten (die restlichen EU-Länder) ausdehnen soll.

## Immer öfter aus Ost-Staaten

Grenzgänger kommen vermehrt auch aus weiter entfernten Ländern. So reisen vermehrt auch osteuropäische Staatsbürger in der Schweiz als Grenzgänger ein. Aus Ungarn waren letztes Jahr 109 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Grenzgänger in der Schweiz gemeldet; 32 kamen aus der Tschechischen Republik und 47 aus Polen. Als Grenzgänger sind diese Arbeitnehmer lediglich verpflichtet, einmal pro Woche an ihren Wohnort zurückzukehren. «Ein polnischer Arzt mit Wohnsitz in Warschau könnte also im Univer-

sitätsspital Basel arbeiten, in Basel als Wochenaufenthalter leben und wäre so von der Ventilklausel nicht betroffen», sagt Jürgen Walpen vom Bundesamt für Migration. Einmal pro Woche müsse er jedoch zurück nach Warschau. «Ob der Grenzgänger das tatsächlich tut, wird nicht systematisch überprüft. Nur bei Hinweisen», sagt Martin Schütz vom Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt.

Für den Polen gelten also die gleichen Regeln wie für Wochenaufenthalter aus anderen Kantonen. Bei diesen, so Schütz, würde auch niemand schauen, ob sie tatsächlich jedes Wochenende zurückfahren. «Systematisch überprüfen wäre gar nicht möglich», sagt auch Thomas Keller, Leiter des kantonalen Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit Baselland. Das heisst, dass die Ventilklausel ohne Probleme umgangen werden kann.

In der Schweiz arbeiten immer mehr Grenzgänger; 264'000 Personen waren es 2012. Das sind fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Etwas mehr als 1000 Grenzgänger kommen von ausserhalb der Nachbarländer. Deren Anteil hat sich mehr als verdoppelt. In der Genferseeregion und in der Nordwestschweiz ist jeder zehnte Arbeitnehmer ein Grenzgänger. Auch in der Zentralschweiz gibt es immer mehr Grenzgänger. Ihr Anteil kletterte 2012 um 24 Prozent.

Laut den Behörden bevorzugen die meisten Grenzgängerinnen und Grenzgänger wirtschaftlich starke Regionen wie die Nordwestschweiz oder das Gebiet um den Genfersee. In der Region Basel arbeiten 65'000, am Genfersee 90'000 Grenzgänger.

# Neuer Vorschlag für Wahlrecht bei der Steuer auf dem Eigenmietwert

SVP-Motion wird von Nationalräten der Mitteparteien unterstützt

Von Thomas Lüthi

**Bern.** Nationalrat Hans Egloff (SVP, ZH) versucht erneut, ein Wahlrecht bei der Besteuerung des Eigenmietwertes durchzubringen. Das Volk lehnte dieses Wahlrecht letzten Herbst ab mit dem Nein zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter» des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes (HEV). Es sollte nur für Rentnerinnen und Rentner gelten.

Diese Diskriminierung zwischen den Generationen hat Egloff in seiner Motion jetzt ausgeräumt. Neu soll das Wahlrecht für alle Wohneigentümer gelten. Diese können entweder die Eigenmiete weiterhin besteuern lassen und gleichzeitig den Hypozins und die Unterhaltskosten abziehen. Oder sie können auf die Eigenmietwert-Besteuerung verzichten. In diesem Fall darf der Hypozins noch bis zur Höhe der Vermögenserträge abgezogen werden. Zulässig wäre zudem ein Abzug für Unterhaltsaufwand von maximal 4000 Franken, wie es schon in der HEV-Initiative vorgesehen war.

## Volk nur knapp gegen Wahlrecht

Der HEV, den Egloff präsidiert, setzt bei der Motion auf das relativ gute Ergebnis bei der Volksabstimmung. Die HEV-Initiative wurde mit 52,6 Prozent Nein-Stimmen eher knapp abgelehnt. Aus der starken Zustimmung von 47,5 Prozent folgert der Verband: «Der Handlungsbedarf beim Thema Eigenmietwert ist nun unbestritten.»

Anscheinend, analysierten die Politologen in der VOX-Analyse, sei das Argument der Diskriminierung zwischen den Generationen und zwischen Eigentümern und Mietern ausschlaggebend

dafür gewesen, dass die HEV-Initiative vom Volk abgelehnt worden sei. Egloff hat für seine Motion auch Nationalratsmitglieder von GLP und BDP gewinnen können, welche die Initiative noch abgelehnt hatten. Er habe in der Diskussion um das Volksbegehren gespürt, dass das Bedürfnis für ein Wahlrecht gross sei, sagt der Berner BDP-Nationalrat Lorenz Hess. Dieses gelte jetzt für alle Wohneigentümer, weshalb er hinter Egloffs Vorstoss stehe. Ähnlich argumentiert die Waadtländer Nationalrätin Isabelle Chavallex von den Grünliberalen. Sie beruft sich auf den Verfassungsauftrag, wonach Wohneigentum zu fördern sei.

## Widerstand kündigt sich an

Ob auch die Fraktionen von GLP und BDP der Motion von Egloff mehrheitlich zustimmen werden, ist indes fraglich. Er habe für die Eigenmietwertbesteuerung noch keine bessere Lösung als das aktuelle System (kein Wahlrecht) gesehen, sagt BDP-Präsident und Glarner Nationalrat Martin Landolt. Diese werde mit Egloffs Vorschlag komplizierter und bürokratischer. Auch GLP-Chef und Nationalrat Martin Bäumle (ZH) kann sich nicht vorstellen, dass seine Fraktion dem Vorstoss zustimmt. Bäumle ist für die Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung, will jedoch nur die Kosten für energetische Sanierungen als abzugsberechtigt zulassen, nicht aber die Hypozinsen.

Als «endlose Zwängerei» bezeichnet SP-Nationalrat Beat Jans (BS) den neuen HEV-Vorstoss. Dieser räume das Grundproblem nicht aus: «Wenn die einen weniger Steuern zahlen, müssen die anderen mehr bezahlen. Die Mieter werden gegenüber den Hausbesitzern benachteiligt.»

# Das Boot geht unter

Komitee gegen Asylverschärfung

**Bern.** «Unsere Politik lässt Menschen untergehen»: Mit diesem Slogan und dem Bild eines Flüchtlingsbootes bekämpfen die Gegner die Revision des Asylgesetzes. Gestern haben sie den Abstimmungskampf eröffnet. Die Hysterie in der Asylpolitik und das grundsätzliche Misstrauen gegenüber den Flüchtlingen müssten ein Ende haben, sagten die Vertreter des Referendumskomitees vor den Medien in Bern. Die Gesetzesrevision, über die am 9. Juni abgestimmt wird, bringe erhebliche Verschärfungen. Nein sagen die Gegner insbesondere zur Abschaffung des Botschaftsasyls. Damit verbarrikadiere die Schweiz eine der wichtigsten Fluchtmöglichkeiten für Schutzbedürftige, sagte Andreas Lustenberger, Co-Präsident der Jungen Grünen. Die Massnahme treibe die Flüchtlinge in die Hände skrupelloser Schlepper. Unhaltbar sei auch, dass Wehrdienstverweigerung neu kein Asylgrund mehr ist.

## Keine «Lager» für Renitente

Weiter wehrt sich das Komitee gegen Zentren für renitente Asylsuchende. Auf Basis des vagen Begriffs «renitent» werde eine neue Kategorie asylsuchender Menschen geschaffen, gab Melanie Aebli von den Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz zu bedenken. Ein blosser Verdacht könne genügen, um jemanden in ein solches «Lager» zu stecken.

Weil das Parlament Dringlichkeit beschlossen hat, sind die Massnahmen bereits vor der Volksabstimmung in Kraft. Das Referendum ergriffen hatten verschiedene linke Organisationen. In der SP ist es umstritten: Die Delegierten beschlossen, keine Unterschriften zu sammeln, doch kamen etliche Sektionen zu einem anderen Schluss. Gegen das Referendum wurden taktische Überlegungen vorgebracht: Eine Abstimmung heize bloss die Diskussion an und spiele am Ende jenen in die Hände, die das Asylgesetz weiter verschärfen wollten. Solche Argumente lässt das Nein-Komitee jedoch nicht gelten: «Humanistischer Widerstand ist ein Gebot, unabhängig von taktischen Überlegungen», sagte Josef Lang, Vizepräsident der Grünen, dazu. SDA

# Im Fokus sind andere Finanzplätze

Erste offizielle Stellungnahme

**Bern.** «Ich bin froh, dass für einmal auch über andere Finanzplätze diskutiert wird.» Dies sagte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf gestern in ihrer ersten öffentlichen Stellungnahme zur Offshore-Leaks-Affäre.

Die Schweiz habe nämlich in den letzten Jahren viel gemacht zur Eindämmung von Steuerbetrug und -hinterziehung, erklärte die Bundesrätin in einem Interview mit dem Schweizer Radio SRF 4 News. Zur möglichen Beteiligung von Schweizer Banken an den illegalen Steuerpraktiken äusserte sich Widmer-Schlumpf nicht. Es gebe durchaus auch solche Finanzkonstrukte, die sich im legalen Rahmen bewegten, sagte sie nur.

## Gleich lange Spiesse für alle

Bezüglich der Forderung nach besseren Kontrollen von Offshore-Finanzplätzen meinte Widmer-Schlumpf: «Wir setzen uns auf internationaler Ebene schon lange für ein Level Playing Field ein.» Ein solches würde dazu beitragen, dass durch regulatorische Eingriffe alle Marktakteure über «gleich lange Spiesse» verfügten. «Wir erwarten, dass alle Steueroasen auf der Welt gleich behandelt werden.»

Zur Frage, ob die Schweizer Regierung gerne Einblick in die Daten des Journalisten-Netzwerks erhalte, sagte Widmer-Schlumpf: «Wir sind bisher mit der Strategie gefahren, dass wir keine unrechtmässig erworbenen Daten wollen, und daran halten wir fest. Wir werden uns nicht aktiv um diese Daten bemühen.» Den Kantonen stehe es jedoch frei, das zu tun, denn dies liege in ihrer Kompetenz. SDA